Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau b. Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Achtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 51.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonntag, 21. Januar

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

Deutschland und Frankreich.

An den politischen Drähten zwischen Berlin und Paris knistern wieder einmal elektrische Funken, welche andeuten, daß an diesen Endpunkten geladene Batterien vorhanden sind. Diese Batterien sind offenbar von den Franzosen hergestellt worden und als Elemente dazu haben die Wirren im Orient dienen müssen. Fürst Bismarck sah sich bereits vor einigen Tagen veranlaßt, dem französischen Kabinet einen verständlichen Wink zu geben, indem er mit dem „Reichsanzeiger" auf die „Agence Havas" schlug. (Vergl. Nr. 39 der Posener Zeitung unter Depeschen). Aber natürlich ist dieses offiziöse Organ nur der Sack und der deutsche Reichskanzler wollte nicht ihn sondern den störrischen Träger desselben treffen, was jedenfalls auch geschehen ist.

In seiner letzten Nummer kommt der Reichsanzeiger noch einmal (wie bereits in einem Telegramm unserer Sonnabend-Morgennummer signalisirt worden ist) auf seine vorige Widerlegung zurück, indem er folgenden Artikel bringt:

Man schreibt aus Paris:

Nachdem die französische Presse seit mehreren Wochen mit nur wenigen Ausnahmen Partei für die Türkei gegen Rußland genommen hatte, macht dieselbe in den letzten Tagen den Versuch, Deutschland für den Ausgang der Krisis im Orient verantwortlich zu machen. In beinahe sämmtlichen Zeitungen findet man längere Artikel oder kürzere Notizen über die Haltung, welche der Freiherr von Werther in der letzten Zusammenkunft der Konferenz den Türken gegenüber angenommen haben soll. Man schließt daraus, daß Deutschland eine friedliche Erledigung der orientalischen Frage nicht wünsche, da es hoffe, die russische Macht im Kampfe gegen die Türkei zu Grunde gehen zu sehen. Die bemerkenswerthesten Artikel über dieses Thema sind vom „Journal des Débats" veröffentlicht worden, dessen Chefradekteur, Herr Molinari, auch heute wieder schreibt, daß „der Fürst Bismarck die Christen im Orient durch russisches Geld und russisches Blut von dem Joche der Türken befreien will."

Die erste Ursache dieser Polemik dürfte zunächst ein angeblich aus Paris an die „Agence Havas" gerichteter Brief sein, der, wie Alles, was von der Agence ausgeht, in vielen französischen Zeitungen abgedruckt worden ist. Sodann haben die in den englischen Zeitungen veröffentlichten Depeschen über die Haltung des Freiherrn von Werther Mißtrauen gegen die deutsche Politik im Orient erweckt.

Die im „Reichsanzeiger" veröffentlichte Notiz über die Haltung des deutschen Bevollmächtigten in Konstantinopel dürfte jedoch den periodisch auftauchenden Verdächtigungen vorläufig wieder ein Ende machen. Die „République Française" nimmt dies mit großer Bestimmtheit an und schreibt in ihrer Nummer vom 15. Januar unter Anderm: „es ist klar, daß der machiavellistische Plan, den man dem berliner Kabinet angedichtet hat, eine einfache Verleumdung ist."

Wem man dies aus Paris schreibt, sagt der „Reichsanzeiger" nicht, indessen ist zu vermuthen, daß sowohl der Schreiber wie der Empfänger dieser Zeilen Stellungen einnehmen, welche in dieser Angelegenheit als maßgebend bezeichnet werden können. Und es ist bemerkenswerth, daß man an dieser Stelle Werth legt auf das Gambettasche Organ, die „République Française" und der Regierung Mac Mahons ein unparteiisches Urtheil derselben vor die Augen hält.

Ueber die Ursachen der französischen Ränke enthält der „Reichs-Anzeiger" nichts, indessen sind dieselben unschwer zu errathen. Frankreich bewahrt noch immer seinen Haß gegen Deutschland und das pariser Kabinet glaubte eine Gelegenheit gefunden, um diesem Gefühle einige Genugthuung zu verschaffen. In diesem Sinne spricht sich auch die „Nordd. Allg. Ztg." aus, indem sie wie folgt schreibt:

Die kategorische Abwehr, zu welcher der „Reichs- und Staatsanzeiger" sich den Tendenzlügen der „Agence Havas" gegenüber genöthigt gesehen hat, ist in weiteren Kreisen mit Recht als das Symptom einer nicht unbedenklichen Situation aufgefaßt worden. Am nämlichen Tage, an welchem unser amtliches Organ mit der „Agence Havas" so ins Gericht ging, hielten wir unsererseits es für unsere Pflicht, einige andere französische Blätter, die „Debats", die „Presse" und den „Moniteur", in ihren Auffassungen und Behauptungen zur Stellung Deutschlands in der Orientfrage und zu den elsaß-lothringischen Wahlen zurückzuweisen. Es liegt offenbar System in diesen Ausschreitungen der französischen Blätter. Man könnte dieselben als Temperamentsfehler entschuldigen, wenn nicht Beweise vorlägen, daß auch die französische Presse von heutzutage eine zu vorzügliche Dressur besitzt, um ohne Anregung oder Zustimmung „von Oben" über die Stränge zu schlagen. Das französische Nationalgefühl war, und das läßt sich begreifen, über die Weigerung des deutschen Reiches, sich an der pariser Weltausstellung zu betheiligen, tief, ja sehr tief verletzt. Und doch gab keines der französischen Journale diesem Gefühl Ausdruck. Es war ihnen abgewinkt, und als wohlgeschulte Zöglinge einer seit Langem bewährten Preßdisziplin unterwarfen sie sich ohne Einwendung dieser Vorschrift. Jetzt bietet diese so schweigsam gewesene Presse das entgegengesetzte Schauspiel. Sie ist gegen Deutschland ausgeschwärmt und Hieb, Stich, Schuß, Malice, Lüge und Verleumdung folgen einander so hageldicht, daß man darauf verzichten muß, die einzelnen Kundgebungen dieser neuesten Phase zu registriren. An und für sich wäre der Lärm der französischen Zeitungsmeute nicht so gefährlich; wenn man aber weiß, wenn man durch die Erfahrung belehrt ist, daß die Herren Kollegen in Paris eben nur auf höheres Kommando losgehen und schweigen, dann muß man die Haltung der französischen Presse in ihrer symptomatischen Bedeutung würdigen. Und wenn diese durch mancherlei Erscheinungen verstärkt wird, auf welche wir hinzudeuten nicht unterlassen werden, so heißt es eine patriotische Pflicht erfüllen, wenn man die Animosität der französischen Journale nicht zu leicht nimmt, wenn man im Gegentheil der weiteren Entwickelung auch dieser Aktion selbst ein aufmerksames Auge zuwendet und nöthigenfalls das Volk zur Vorsicht mahnt.

Ein gutes Gewissen ist ein sanftes Ruhekissen, aber auch der Mann mit gutem Gewissen untersucht die Schlösser seiner — Thüren und die Riegel seiner Fenster und wacht mit einem Auge, wenn er zweideutige Gesellen um seine Heimstätte lungern sieht.

Direkt hinter diesen Winken und Warnungen bringt das offiziöse Blatt folgende verständliche Hinweisung:

Wie zuverlässig verlautet, ist die Schlagfertigkeit der französischen Armee in den letzten Monaten erheblich gefördert worden, und hat einen ungleich höheren Grad erreicht, als bisher im Allgemeinen angenommen werden konnte. Gebricht es derselben auch an Offizieren und an jener kriegsgewohnten Infanterie, durch welche sich die Armeen des zweiten Kaiserreichs auszeichneten, so scheint man dafür Ersatz in der stetig wachsenden Ziffer und in der Erleichterung einer eventuellen Mobilmachung durch die ununterbrochen fortschreitenden Vorbereitungen zu einer solchen gefunden zu haben. Der Uebergang von der Friedens- zur Kriegsstärke würde sich im französischen Heere mit großer Schnelligkeit und mit sehr bedeutenden Massen vollziehen.

Auf diese Eventualität weist die „N. Allg. Ztg." noch einmal in ihrer Tagesübersicht hin, indem sie schreibt:

Es muß dahin gestellt bleiben, ob die Konferenz wirklich so ergebnißlos geblieben sein würde, wenn nicht in Hintergrunde der orientalischen Verwickelung allerlei Bestrebungen aufgetaucht wären, welche deutscherseits eine ungleich ernstere Aufmerksamkeit erfordern, als die Orientangelegenheit an sich. Das befremdende Verhalten der französischen Presse und der notorisch von der Regierung inspirirten „Agence Havas" haben bereits zu diesseitigen amtlichen Aeußerungen Veranlassung gegeben und weitere Aufklärungen über diesen Gegenstand werden vielleicht zu erwarten sein. Das Bestreben, die Orientwirren zu benutzen, um Deutschland mit Rußland zu entzweien und damit eine für den „Rachekrieg" ohnehin sorgfältig präparirte Situation zu schaffen, ist auf der ganzen Linie der französischen Politik — nicht der offiziellen — in Paris, Konstantinopel und Petersburg gleichzeitig so deutlich hervorgetreten, daß dasselbe bereits in den russischen maßgebenden Kreisen Aufsehen — und Befremden erregt hat. Wenn der „Pester Lloyd" erzählt, Graf Chaudordy werde Konstantinopel auf der Yacht des General Ignatieff verlassen, so legt diese Nachricht deutschen Lesern einen Vergleich mit der Einladung nahe, welche Reinike Fuchs an Lampe, den Hasen, richtet, mit ihm zusammen gen Malepertus zu wandern. Aber für die Illusionen, denen der römische Graf sich in Konstantinopel hingegeben, wäre ein solcher Abtritt von der Bühne immerhin bezeichnend.

Der „Köln. Ztg." wird aus Berlin gemeldet:

„Die in Syrien in der Nähe von Jaffa und Beyrut befindlichen blühenden Kolonien der sogenannten Tempelfreunde, meist aus Deutschen (Württembergern) und Deutsch-Oesterreichern bestehend, waren bisher unberührt von den Wirren der Zeit geblieben. Eine unliebsame Veränderung ist jedoch eingetreten, seit zu Anfang Dezember Telegramme aus Paris in Beyrut einliefen, welche Deutschland als nur in der Form neutral, in Wirklichkeit aber mit Rußland verbündet darstellten, ja, die Mobilisirung deutscher Armeecorps zur Unterstützung Rußlands meldeten. Durch diese Lügen, welche bei den Arabern schnelle Verbreitung fanden, ward ein Umschlag in der Stimmung hervorgebracht. Sie glauben nunmehr, die Deutschen als Feinde betrachten zu müssen, so daß Ausbrüche von mohamedanischem Fanatismus Leben und Eigenthum unserer friedlichen und arbeitsamen Landsleute bedrohten. Unsere Regierung hat sich, sobald sie von der Sachlage Kenntniß erhielt, an die türkische Regierung gewandt, um deren ernste Aufmerksamkeit für die Sicherheit der Ansiedelungen in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig hat Sr. Majestät Schiff „Gazelle" den Befehl erhalten, die deutsche Flagge an der syrischen Küste namentlich vor den Häfen von Jaffa, Haifa und Beyrut zu zeigen. Wie wir hören, haben die Regierungen von Oesterreich-Ungarn und England einer Mittheilung über die Sachlage durch die entgegenkommende Zusage entsprochen, sich ihrerseits bei dem Schutze der deutschen Kolonien zu betheiligen. Danach scheint man hier zu hoffen, daß die Gefahr unserer Landsleute im gelobten Lande noch zur rechten Zeit abgewandt sein wird. Was jene Telegramme angeht, die wie Funken neben einem Pulverfaß die Gefahr der friedlichen Ansiedler aufs Aeußerste steigern mußten, so wird der Explosion durch das rechtzeitige Bekanntwerden der telegraphischen Brandstiftung in Europa hoffentlich für jetzt und für später vorgebeugt sein."

Wir sehen somit überall die Spitze der journalistischen Thätigkeit in Paris gegen Deutschland gerichtet, welches, je nach Bedarf, als aktiver Verbündeter Rußlands oder als heimlicher Gegner desselben dargestellt wird. Eine ernste Bedeutung wird solchem Treiben nicht abzusprechen sein, und es liegt die Frage an den Mittelpunkt dieser Bewegung nahe, ob man sich die Folgen derselben — auch die äußersten — auch hinreichend klar gemacht hat. Allem Anschein nach ist dies der Fall.

Gegenüber dem am Schluß wiederholten Hinweis auf die Möglichkeit von kriegerischen Absichten wollen wir nur an das obige pariser Schreiben des „Reichsanzeigens" erinnern, worin der Schreiber die Hoffnung ausspricht, daß die Note des „Reichsanzeigers" den Verdächtigungen ein Ende machen dürfte. Wir sind überzeugt, daß die deutschen Winke unseres auswärtigen Amtes gleich den kalten Wasserstrahlen, welche Fürst Bismarck schon früher den heißblütigen Herren in Paris auf den Kopf richtete, dem französischen Kabinet die ruhige Besonnenheit wiederbringen werden.

Direkt hinter dem oben mitgetheilten Schreiben aus Paris enthält der „D. Reichsanzeiger" folgende, mit der in unserem Leitartikel besprochenen Angelegenheit offenbar im Zusammenhang stehende Mittheilung:

Nach Meldung aus Smyrna hat am Abend des 14. Januar eine Schlägerei zwischen Matrosen der dort stationirten deutschen und französischen Kriegsschiffe stattgefunden, wobei der Feuerwerkmatrose Stein von Sr. Majestät Kanonenboot „Meteor" tödtlich am Kopfe verletzt wurde. Derselbe ist an den Folgen dieser Verwundung bereits verstorben. Bei der gegen die französischen Matrosen beantragten und vom französischen Konsul geführten Untersuchung wurde als Thäter von einem deutschen Unteroffizier der Matrose Duvignac vom französischen Aviso „Chateaurenaud" rekognoszirt. Es hat sich herausgestellt, daß die deutschen Matrosen von den Franzosen angegriffen worden sind und sich lediglich vertheidigt haben. Das französische Aviso sollte Smyrna am 17. verlassen.

Deutschland.

△ **Berlin**, 19. Januar. Die Bestimmungen über die Beisetzung der Leiche der Prinzessin Karl werden wahrscheinlich heute getroffen werden. Es wird erwartet, daß die Einsegnung nicht im Dome, sondern in der Schloßkapelle stattfinden wird, wodurch eine Beschränkung in Bezug auf die Betheiligung bedingt würde. — Dem Landtage wird nunmehr unverweilt der Gesetzentwurf über Vorbildung und Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst vorgelegt werden. Bekanntlich war über diese Vorlage bereits in der vorigen Session bis auf einen Punkt, die Vorbildung der Landräthe, eine Einigung erzielt worden. In dem neuen Entwurf ist daher an dem bereits Vereinbarten festgehalten und nur die Erledigung des Differenzpunktes ins Auge gefaßt worden. Man nimmt an, daß der Entwurf nunmehr ohne erheblichen Zeitverlust neben den Etatsberathungen wird erledigt werden können.

Die besondere Beilage der nächsten Sonntagsnummer des Reichs-Anzeigers wird in Fortsetzung der Berichte der deutschen Preisrichter über die Weltausstellung in Philadelphia den besonders interessanten Bericht von Dr. Roth über das Sanitätswesen auf der Ausstellung enthalten. — Eine sehr empfehlenswerthe Schrift sind die kürzlich erschienenen Reisestudien über Anlage und Einrichtung der englischen Eisenbahnen von Wehrmann, der im Auftrage der preußischen Regierung die bezüglichen Beobachtungen anstellte. Ueber die rechtlichen Verhältnisse der Eisenbahnen sagt die Schrift, daß wir uns in Deutschland in entschiedenem Vorsprung befinden durch die Ausbildung und Konformität der privatrechtlichen und reglementarischen Bestimmungen über das Frachtgeschäft, sowie durch die bahn- und betriebspolizeilichen Vorschriften. Ganz anders aber stehe es um das öffentliche Recht. Hier sei man in England viel weiter gediehen, indem dort eine regelmäßige Einwirkung des Staats stattfinde. Nachahmung verdienen die Raschheit der Transporte und die Kühnheit und Zweckmäßigkeit der Eisenbahnbauten, aber das Material der Personen- und Güterwagen sei in Deutschland besser.

Σ **Berlin**, 19. Januar. Die heutige Debatte über den Staatshaushaltsetat im Abgeordnetenhause war von allen Seiten mehr oder weniger improvisirt und zerstreute sich auf Einzelheiten. Der Staatshaushaltsetat bietet selbst wenig bemerkenswerthes. Es ist aus 1875 noch ein Ueberschuß von 15 Mill. Mk. vorhanden, die Beschneidung des Extraordinariums macht sich weniger fühlbar in Folge der großen, hier noch aus den Vorjahren übertragenen Bestände. Zum ersten Male auf dem Etat erscheint eine Position zur Unterstützung höherer Mädchenschulen in dem vorläufig noch bescheidenen Betrage von 80,000 M. Bisher sorgte der Staat blos für die höheren Knabenlehranstalten. Die Verweisung der Ordensschwestern aus den Mädchenschulen giebt den nächsten Anlaß zu der Etatsposition. Eine Erhöhung der Matrikularbeiträge des Reiches ist für 1877/78 in dem Etat nicht vorgesehen. Zur Errichtung neuer Seminarien geschieht etwas Erkleckliches. Die neue Synodalordnung äußert ihre Wirkungen in der Vermehrung der Konsistorialräthe und Oberkonsistorialräthe und Gehaltsaufbesserung des Präsidenten Herrmann um 6000 M. Nachdem der Reichshaushalt zwischen den „Staatssekretären" mit Ministergehalt und den Ministerialdirektoren eine besondere Beamtenklasse von „Unterstaatssekretären" geschaffen hat, erheben die ältesten gleichmäßig titulirten Ministerialdirektoren in den einzelnen preußischen Ministerien auch Anspruch auf diese Gehaltsklasse von 20,000 M. statt bisher 15,000 M. — Das Zentralkomite der Fortschrittspartei geht davon aus, daß die Partei in den zahlreichen Fällen, wo sie bei engeren Wahlen von Einfluß ist, völlig selbständig und unter eigener Verantwortung in den einzelnen Kreisen entscheiden muß. Es wird daher von hier aus sogar jeder Rath in dieser Richtung abgelehnt. Die bereits getroffenen Entscheidungen, so sehr sie auch anscheinend von einander abweichen, sind doch nach der politischen und persönlichen Stellung der Gegenkandidaten und den lokalen Verhältnissen als durchaus sachgemäß anzusehen. Ein ziemlich unklarer Antrag, der an die Fraktion gelangt war behufs genereller Entscheidung bei engeren Wahlen, war in derselben noch, bevor gegnerische Zeitungen den Antrag an die Oeffentlichkeit brachten; schon durch einfache Tagesordnung sofort erledigt worden. Der Sozialdemokratie wird die Parole für die engeren Wahlen überallhin von hier aus vorgeschrieben und anscheinend ist diese Parole gegen die Fortschrittspartei als die entschiedenste und gefährlichste Gegnerin der Sozialdemokratie ausgegeben worden. Selbst für einen richtigen Junker zu stimmen, hält die Sozialdemokratie für weniger gefährlich. So ballen sich in einzelnen Kreisen Koalitionen von entgegengesetzten Standpunkten aus gegen die Fortschrittspartei zusammen, denen dieselbe trotz großer Rührigkeit nicht überall wird Stand zu halten vermögen. (Eine ähnliche Klage über Isolirung, stieß gestern die nationalliberale Partei aus, wie der Leitartikel unserer gestrigen Hauptnummer darthut. — Red. d. Pos. Z.) Auf eine Periode blinder Erfolganbeterei der Regierungspolitik scheint eine Periode der demagogischen Beschuldigungen aus den wirthschaftlichen Verhältnissen gegen den Staat folgen zu sollen. In Perioden beider Art hat eine die Extreme bekämpfende Partei gerade den schwersten Stand. — Die nationallib. Presse, anstatt über die eigenen, über ein Fünftel der bisherigen Partei umfassenden Verluste nachdenklich zu werden, fährt fort in grundlosen Anschuldigungen gegen die Fortschrittspartei, greift sie sogar heftig darüber an, daß sie den ersten berliner Wahlkreis, anstatt ihn zu vertheidigen, bei den engeren Wahlen nicht einfach an die Nationalliberalen ausliefert.

— Kaiser Wilhelm soll in jüngsten Tagen Veranlassung genommen haben, einem durch Geburt und Stellung hervorragenden Herrenhausmitgliede gegenüber zu versichern, daß seine Regierung jetzt mehr als je bemüht sei, den Frieden zu erhalten und die Keime jedweder europäischen Komplikation in der Geburt zu ersticken. Wenn der lokalisirte Krieg nicht zu verhindern sei, so habe Deutschland in der Konferenz Alles dazu beigetragen, die Katastrophe zu vermeiden.

Die Haltung Werther's in Konstantinopel sei absichtlich verkannt worden, doch werde sich bald Gelegenheit finden, die Unwahrheit der Zeitungsberichte klar zu stellen.

— Ueber die **Rinderpest** schreibt der „Reichsanz.“:

Nachdem Deutschland längere Zeit von der Rinderpest verschont geblieben, ist die Seuche in den letzten Tagen plötzlich an drei verschiedenen Punkten des preußischen Staates ausgebrochen. Am 8. d. M. wurde sie in den Ortschaften Klutschau und Kaltwasser im Kreise Groß-Strehlitz, Provinz Schlesien, und in den folgenden Tagen in Carolinenhof und Grodisko, desselben Kreises, konstatirt. Am 14. erfolgte die Feststellung der Verseuchung zweier Ställe der Viehkommissionäre Görris und Wick in Altona und am folgenden Tage wurde die Infektion des Viehstandes der Zuckerfabrik Concordia bei Brieg festgestellt. Auf allen infizirten Punkten, sowie an allen Orten, welche nach den sofort angestellten Ermittelungen über die Art der Einschleppung und Verschleppung der Seuche als verdächtig anzusehen waren, sind unverzüglich die nöthigen Tilgungs- und Sicherheitsmaßregeln zur Durchführung gelangt. Im Besondern sind die infizirten und verdächtigen Viehstände getödtet und verscharrt worden, und es hat eine Isolirung der verseuchten Lokalitäten durch Absperrung stattgefunden. Nach dem Ergebnisse der bisherigen Ermittelungen müssen alle drei Infektionen auf Einschleppungen aus dem benachbarten Auslande nach Roßberg bei Beuthen in Oberschlesien zurückgeführt werden. Im Besondern ist ermittelt worden, daß der Hofbesitzer Kaliwoda in Roßberg ungeachtet des bestehenden Einfuhrverbotes Rindvieh über die Grenze zu bringen gewußt hat, daß Händler in Grodisko und der Fleischer Blandowski in Beuthen von Kaliwoda Ochsen gekauft, und daß die Infektionen im Kreise Groß-Strehlitz durch einen Transport Ochsen erfolgt ist, welchen Händler aus Grodisko geliefert hatten, sowie, daß die Ausbrüche der Seuche in Altona und auf der Zuckerfabrik Concordia bei Brieg wahrscheinlich durch Viehstücke herbeigeführt worden sind, welche Blandowski verkauft hatte. Gegen den Hofbesitzer Kaliwoda ist die Untersuchung eingeleitet und die Verhaftung beantragt. Auch sind zur Verhütung weiterer Einschleppungen Anordnungen ergangen, um die Grenzsperre zu verschärfen und nach Umständen zu ihrer strengen Durchführung militärische Kräfte heranzuziehen.

⊡ **Thorn**, 19 Jan. [Unsere Reichstagsergänzungswahl.] Die „Gazeta Torunska“ schreibt darüber: „Die Kreise Thorn und Kulm werden bald zu engerer Wahl berufen werden. Es fehlten nur 39 Stimmen zum Siege gleich bei der ersten Wahl! 39 Stimmen! Eine Stadt, ein größerer ländlicher Wahlbezirk hätte sie liefern können, wenn jeder Wähler seine Pflicht bei der Durchsicht der Wahllisten und bei der Stimmabgabe gethan hätte. Nun sind die Folgen der Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit wenigstens augenscheinlich! Der mühsam an den Gipfel des Berges gewälzte Stein ist durch unsere eigene Schuld uns vor die Füße gerollt. An das Werk jetzt — dreist vorwärts und gemeinsam! Machen wir die Nachlässigkeit durch angestrengten Eifer gut! Wir alle sind jetzt Agitatoren, alle berufen, alle verpflichtet zum kräftigsten Handeln, denn wir alle sind beschämt. Bewegen wir uns gleichzeitig nach allen Seiten, in alle Quergassen und Winkel, um aus dem letzten Versteck und abgelegenen Ort die Unsern in die Reihen zu führen.“ — Mögen die deutschen Wähler um ihrer eigenen Ehre willen ein Gleiches thun.

Tilsit, 16. Januar. Das „Wochenbl.“ schreibt: Die Klagen unserer Grenzbewohner über arge Grenzverletzungen seitens der russischen Zollwächter mehren sich. Bis auf das preußische Gebiet verfolgen die Russen diejenigen, welche die Grenze an Stellen zu überschreiten suchen, welche nicht offizielle Uebergangspunkte sind, und Schüsse werden so häufig herübergesandt, daß die hart an der Grenze wohnenden Leute auf ihren Gehöften nicht mehr sicher sind. Um Weihnachten wurde bei Skrodeln ein Mann erschossen, der auf preußischer Seite Schutz vor seinen Verfolgern suchte. Schon hatte er 150 Schritte auf preußischem Boden gemacht, als ihn die töotliche Kugel ereilte. Die erst in voriger Woche gemachte Sektion der Leiche zeigte, daß die Kugel am Rückgrad eingedrungen war und den ganzen Körper durchbohrt hatte. — In Folge Andringens der königlichen Staatsanwaltschaft ist die Sache von dem diesseitigen Grenz-Kommissarius anhängig gemacht.

Stettin, 17. Januar. [Preßprozeß.] Die mündliche Verhandlung vor dem hiesigen Appellationsgerichte, die Anklage auf Majestätsbeleidigung gegen den Pastor Quistorp in Ducherow betreffend, ist auf Dienstag, den 23. Januar anberaumt.

Münster, 17. Januar. [Monstreprozeß.] Abermals steht ein Monstreprozeß einer großen Anzahl hochangesehener Bürger unserer Stadt bevor. Im „Westf. Merkur“ vom 25. Oktober v. J. veröffentlichen 55 Herren an die katholischen Mitbürger in Stadt und Land einen Aufruf, unter denen sich auch die Herren Graf Droste, Erbdroste; Freiherr H. v. Droste zu Hülshoff; Freiherr Max von Heeremann und Freiherr v. Schorlemer-Alst befinden. Der Aufruf ging dahin, sich den Grundsätzen anzuschließen, welche die katholischen Pfarrer der beiden Bisthümer Münster und Paderborn in Betreff des Religionsunterrichts in den Volksschulen in einer vom „Westf. Merk.“ veröffentlichten Eingabe an den Kultusminister ausgesprochen hatten. Derselbe hatte eine ganze Reihe von Zustimmungen aus Westfalen und Rheinprovinz zur Folge, die ebenfalls im „Westf. Merk.“ ihren Ausdruck fanden. Nun sind die oben genannten Herren und der frühere verantwortliche Redakteur des „Westf. Merk.“ Herr Koch, auf Grund der §§ 110 und 47 R.-St.-G. und des § 20, Absatz 2, des Reichspreßgesetzes angeklagt worden, durch Verbreitungen von Schriften zum Ungehorsam gegen Gesetz und die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen aufgefordert zu haben. Das königl. Kreisgericht hat die Untersuchung zu eröffnen beschlossen.

Oesterreich.

Pest, 16. Januar. Ueber die ungarische Studentendeputation in Konstantinopel wird den hiesigen Blättern Folgendes telegraphirt:

„Gestern fuhren die Mitglieder der Deputation in Gala vor dem österreichisch-ungarischen Botschafter-Palais vor und wurden von dem Botschafter Grafen Zichy auf das Herzlichste empfangen; ebenso von dessen Sohne, dem gewesenen ungarischen Handelsminister Grafen Zichy, der an die Deputationsmitglieder eine warme patriotische Anrede hielt, in welcher er unter Anderem hervorhob, daß jede Schicht der ungarischen Nation türkenfreundlich fühlen müsse, weil nur eine Allianz dieser beiden Nationen, der türkischen und der ungarischen, zu Beider Heil führen könne. Nachmittags fanden in Anwesenheit der Generalität und eines großen Publikums zu Ehren der Deputation Produktionen des Pompierregiments unter Kommando des Grafen Szechenyi statt. Abends fand im Seraskierat bei à jour-Beleuchtung des ganzen Palais ein prachtvolles Fest statt. Auf den zu passirenden Treppen bildeten Generäle und Stabsoffiziere ein glänzendes Spalier (!!). Anwesend waren außer Abdul Kerim sämmtliche hochgestellte Generäle und Staatswürdenträger, von hier anwesenden Ungarn General Klapka, Szechenyi, Oberst Csulak und Szilagyi. Den ersten Toast brachte Szücs auf den Sultan aus; diesem folgte ein Hoch auf den Kaiser-König Franz Josef ausgebracht von Abdul Kerim. Lukacs toastirte auf den Serdar Ekrem, Klapka auf den Staatsminister. Eine Militär-Musikbande spielte während der Tafel ausschließlich ungarische Weisen und nach dem Toaste auf den König Franz Josef die österreichische Volkshymne. Nach dem Feste im Seraskierat ging es durch die festlich beleuchteten, von einer dichten enthusiastischen Volksmasse gedrängt vollen Straßen nach dem „Zedik Pascha-Theater“, wo der Deputation zu Ehren eine türkische Oper aufgeführt wurde. Heute findet ein Diner im Galata-Serail statt, an welchem außer den Mitgliedern der Deputation auch der österreichisch-ungarische Botschafter und der General Klapka theilnehmen werden.“

Türkei und Donaufürstenthümer.

Die Spannung darüber, was nun statt der in die Versenkung hinabfahrenden Konferenz aus den Coulissen des Orientdramas auftauchen wird, ist allgemein und Niemand wagt sich recht auf das Rathen und Kombiniren zu legen. Einig ist man nur in der negativen Ansicht, daß es nicht der sofortige Ausbruch des Krieges sei, den man als einzige Konsequenz der bisherigen Handlung des Stückes zu erwarten habe. Verhandlugen, vielleicht unter stärkerem Hervortreten der Drei-Kaisermächte, meint man am ehesten als bevorstehend annehmen zu dürfen, obwohl der Divan die geduldige Nachgiebigkeit der Pforte auf eine so harte Probe gestellt hat, daß sie selbst nicht mehr an weitere Worte glauben, sondern auf Thaten sich gefaßt machen müßte. Besonders sind es die englischen und österreichischen Blätter, die an einen baldigen Ausbruch des Krieges nicht glauben wollen. So läßt sich zur Unterstützung dieser Ansicht das „N. W. T.“ aus Berlin vom 17. d. ein Telegramm folgenden Inhalts senden:

Fürst Gortschakoff versandte eine Instruktionsdepesche an die russischen Botschafter, welche ihre Sprache darnach einrichten sollen. Dies Dokument sieht die definitive Weigerung der Pforte, auf die Konferenzvorschläge einzugehen, vor, weil die Türkei wisse, daß die Mächte sich trotz ihrer Drohungen auf die Abreise der Botschafter aus Konstantinopel beschränken und die Türkei selbst vor einer Exekution schützen würden. Rußland wolle aber, so erklärt die Instruktionsdepesche, den Krieg isolirt nicht führen, jedenfalls aber nicht vor dem Frühjahre, darum müsse Zeit gewonnen werden, das wollen auch alle anderen Mächte. England aber wünsche Rußland allein der Pforte gegenübergestellt zu sehen, um später als Schiedsrichter auftreten zu können. Da Rußland nur ein humanitäres Interesse verfolge und es ihm gelungen sei, die Christenfrage zu einer Frage für ganz Europa zu machen, es außerdem keinen materiellen Vortheil erstrebt, und es ferner weiß, daß Europa in Konzessionen an die Türkei nicht weiter gehen werde, als das bisher geschehen und außerdem die Gefahr einer Koalition existirt, so habe Rußland kein Interesse, isolirt in den Krieg einzutreten.

Auch die „Nordd. Allg. Ztg.“ spricht sich in ähnlichem Sinne aus und glaubt vorerst noch an keine kriegerische Wendung. Das aus den berliner Regierungskreisen ihre Informationen holende Blatt schreibt nämlich: Wenn die „Times“ zunächst ein erneutes Hervortreten des Dreikaiserbundes in Aussicht nimmt, so ist das nach unserer Kenntniß der Lage insofern allerdings ganz richtig, als eben Deutschland, wie bisher, jedem Abkommen bereitwillig zustimmen wird, über welches Rußland und Oesterreich-Ungarn sich verständigen sollten.

Besonders bedeutungsvoll ist es, daß auch das offiziöse „Journal de St. Petersburg“, früher zeitweise ebenfalls die Kriegstrompete stoßend sich einer äußerst milden Sprachweise befleißigt. Die Drohungen der Gewalt, vornehmlich der einseitigen russischen Gewalt, denen früher auch in jenem Blatte gelegentlich Raum geboten worden ist, sind einer Drohung gewichen, welche nur das gemeinsam europäische Interesse zum Ausgangspunkte nimmt. Die Nerven der türkischen Machthaber dürfen jedoch durch diese Art von Drohung wohl kaum erschüttert werden.

Konstantinopel, 10. Januar. Der Sultan legt immer mehr Bresche in die alten verknöcherten Gebräuche moslemitischer Etiquette. Wie heut hier bekannt wird, ist der frühere ungarische Handelsminister Graf Joseph Zichy dieser Tage von dem Khalifen zu Tische geladen worden, eine Ehre, die bisher noch nie einem Nichtmuselmann zu Theil geworden war. Der Sohn des Vertreters Oesterreich-Ungarns am Hofe zu Stambul erfreute sich überhaupt bei dieser Gelegenheit außerordentlicher Ehrenbezeigungen; so wurden z. B. bei seiner Ankunft vor dem Palais in Dolmabagdsche die beiden Flügel des vergoldeten Gitterthores geöffnet und sein Wagen bis vor die innere Thür des Palastes geführt — eine Begünstigung, welche nur den hier akkreditirten Botschaftern eingeräumt wird. An dieser Thür wurde Graf Zichy von dem ersten Kammerherrn des Sultans empfangen und in einen der Säle geleitet, woselbst ihn Midhat Pascha und der Schwager des Sultans, Mahmud Pascha, erwarteten. Unmittelbar nach den gegenseitigen Begrüßungen wurde das Diner servirt; dasselbe war, wie man in Stambul zu sagen pflegt, fast ganz alla franca, und auch der Bordeaux und Champagner fehlten nicht. Graf Joseph Zichy ergriff denn auch — wohl der „erste Fall in diesem Hause“ — herzhaft sein Glas und brachte einen Toast auf den Sultan aus. Midhat Pascha erwiderte diesen Toast in warmen und beredten Worten. Charakteristisch ist es, daß im Momente, wo Graf Zichy zu sprechen begann, wie auf einen Wink das ganze Dienstpersonal aus dem Speisesaale verschwand und sämmtliche Thüren leise, wie von unsichtbaren Händen, geschlossen wurden. Nachdem der obligate Ehren-Tschibuk ausgeraucht war, wurde Graf Zichy vom Sultan in Audienz empfangen, bei welcher nur Munir Bey, der Dolmetsch der Pforte, zugegen war.

Konstantinopel, 17. Januar. Die in der achten Konferenzsitzung (am Montag) von Lord Salisbury überreichten durchweg veränderten und gemilderten Vorschläge der Delegirten (das sogenannte resumé mitigé) haben, wenn auch von der Türkei ebenfalls abgelehnt, doch als das „letzte Wort Europa's“ eine so hervorragende Bedeutung, daß es von Interesse ist, den Wortlaut derselben kennen zu lernen. Die „K. Z.“ giebt denselben in deutscher Uebersetzung wie folgt wieder:

Montenegro.

Neue Abgrenzung von Montenegro unter Annexion der Bezirke Banjani, Piva (mit Einschluß von Nikfitisch), Drobniak, eines Theiles des Bezirkes Scharanzi, der Bezirke von Kolaschin, von Kutschi-Drekatowitsch, von Kutschi-Kraini, von Wassojewitsch, von der Ziewna bis zum Lim, von Maly und Bely Brody, von Spusch und Zabliak. Einsetzung einer internationalen Grenzkommission zu diesem Zwecke; freie Schifffahrt auf der Boyana und Neutralisirung der Festungen.

Serbien.

Der Status quo ante bellum für Serbien nebst Regelung der Gebietsstreitigkeiten an der bosnischen Grenze durch ein Schiedsgericht gemäß den Bestimmungen des Hattischerifs von 1833.

Für die beiden Fürstenthümer Räumung des Gebietes außerhalb der gezogenen Grenzen Seitens der ottomanischen und der fürstlichen Truppen; Austausch der Kriegsgefangenen und Amnestie für die im Dienste des Feindes angestellten Unterthanen.

Bosnien, die Herzegowina und die Bulgarei.

Die General-Gouverneure dieser Provinzen sollen während der fünf ersten Jahre von der hohen Pforte nach eingeholter Zustimmung der Mächte ernannt werden.

Eintheilung der Provinzen in Sandschaks mit Mutessarifs, die von der Pforte auf den Vorschlag der Walis (Gouverneure) für einen bestimmten Zeitpunkt ernannt werden, und in Kantone, nahiés-mudirliks, von 5- bis 10,000 Seelen mit Kantonalbehörden, die von der Bevölkerung in jeder Gemeinde gewählt werden und deren Befugnisse sich auf alle Angelegenheiten erstrecken, die den Kanton als solchen ansehen.

Die Einführung von Provinzial-Versammlungen, deren Mitglieder von den Kantonalräthen auf einen Zeitraum von vier Jahren gewählt werden sollen. Diese Provinzialräthe werden das Provinzialbudget nach einem feststehenden System abgränzen und einen Provinzial-Verwaltungsausschuß ernennen, dessen Entscheidung die Statthalter (Walis) in allen Fällen einholen müssen, welche die gewöhnliche und einfache Ausführung der Gesetze und Verwaltungsbestimmungen überschreiten und worüber sie des Weiteren an die Pforte berichten können. Verbesserung der Steuerveranlagung. Die Provinzial- und Kantonalräthe übernehmen die Vertheilung und Erhebung der Steuern, mit Ausnahme der Zoll-, Post- und Telegraphengefälle so wie der Tabaks- und Alkoholsteuer und der Regie. Vollständige Abschaffung der Steuerverpachtung und Nachlaß der Steuerrückstände. Neue Feststellung des Provinzialhaushalts für alle fünf Jahre auf Grund der Durchschnitts-Erträgnisse. Ein Theil wird zur Verzinsung und Tilgung der öffentlichen Schuld sowie zu den übrigen Bedürfnissen der Gesammt-Regierung verwandt werden, während der Ueberschuß den Provinzen verbleibt. Reorganisation der Justiz im Sinne einer größeren Unabhängigkeit des Richterstandes. Ernennung der Richter bei den Zivil- und Strafgerichten durch die Statthalter unter Zustimmung des Provinzial-Verwaltungs-Ausschusses so wie der Appellhofmitglieder durch die hohe Pforte selbst auf Vorschlag der Statthalter. Oeffentlichkeit der Sitzungen; gerichtliche Untersuchung. Ausschließliche Rechtsprechung der kirchlichen Behörden in konfessionellen Angelegenheiten. Vollkommene Kultusfreiheit. Unterhaltung der Geistlichkeit, der religiösen Einrichtungen und der Unterrichtsanstalten durch die Gemeinde selbst. Sicherstellung gegen gewaltsame Bekehrungen. Gleichstellung der Landessprache mit der türkischen bei den Verwaltungsbehörden. Strenges Verbot der Verwendung unregelmäßiger Truppen. Bildung einer National-Miliz und einer nationalen Gendarmerie aus Christen und Muselmanen nach dem Verhältnisse der Bevölkerungsziffer mit Subaltern-Offizieren, die von den General-Statthaltern ernannt werden. Verbot der tscherkessischen Kolonien. Allgemeine Amnestie für die wegen politischer Vergehen verurtheilten und verfolgten Christen. Verbesserung des Looses der ländlichen Gutsbesitzer und kleinen Pächter in Bosnien und der Herzegowina. Erleichterung des Landerwerbs und der Wiedererwerbung der Staatsangehörigkeit für die Ausgewanderten. Einführung dieser Maßregel innerhalb eines Zeitraumes von drei Monaten.

Einsetzung einer Aufsichtsbehörde (Kontrol-Kommission). Zwei Aufsichtsbehörden werden von den Mächten eingesetzt werden, um einerseits die Ausführung dieser Bestimmungen zu überwachen und andererseits die Ortsbehörden in ihren Bemühungen für die Aufrechterhaltung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit zu unterstützen. Dieselben werden besondere Weisungen erhalten.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 20. Januar.

r. **Die Ballfestlichkeit** beim Hrn. Oberpräsident Günther ist wegen des Todes der Frau Prinzessin Carl auf den 3. Februar verlegt worden.

R **Personal-Veränderungen im 5. Armee-Corps.** v. Kornatzki Oberstlieutenant vom 2. Posenschen Infanterie-Regiment Nr. 19, unter Verleihung des Ranges eines Regiments-Kommandeurs, zu den Offizieren von der Armee versetzt. — Lettgau, aggregirt dem 2. Pos. Inf.-Regt. Nr. 19, in das Regiment einrangirt. — Testa, Premier-Lieut. vom 3. Nsch. Inf.-Regt. Nr. 50, zum überzähligen Hauptmann befördert.

r **Der Entwurf zur neuen Bauordnung** für die Stadt Posen ist nunmehr von der königlichen Regierung revidirt und dem Magistrate zugestellt worden. Danach ist die königliche Regierung in einigen wesentlichen Punkten, in Betreff deren Magistrat und Polizeidirektorium verschiedener Ansicht waren, dem Polizeidirektorium beigetreten. Insbesondere soll danach bei Neubauten ⅓ der Gesammtfläche des betreffenden Grundstücks unbebaut bleiben, diese unbebaute Fläche nie aber weniger als 30 Quatratmeter bei 5,3 Meter Breite betragen; ferner sollen in Neubauten keine bewohnbaren Kellerräume angelegt werden; auch sollen in jedem Neubau, der Sicherheit bei Feuersgefahr wegen, zwei von einander getrennte Treppenhäuser errichtet werden.

— **Nach dem Dankschreiben**, welches Kardinal Ledochowski einigen Bürgern von Jarocin für ihren Glückwunsch zu seinem Geburtstage entsendet hatte, ist, wie der „Kuryer Poznanski“ mittheilt, eine polizeiliche Haussuchung beim Bürger Radowicz gehalten worden, die jedoch resultatlos verlief.

— **Die Gemeinde in Grylewo**, Kreis Wongrowitz, ist nach dem „Kuryer Poznanski“ vom Kreislandrath aufgefordert worden, für die seit über einem Jahre erledigte Propststelle einen Geistlichen zu wählen, da der Patron der Kirche, Graf Czapski auf Slupy, von seinen Patronatsrechten keinen Gebrauch gemacht hat.

r. **Das Gebr. Löwenthal'sche Grundstück** in der Friedrichsstraße ist, wie uns von betheiligter Seite angegeben wird, nicht für 147,000, sondern für 154 000 Mk. an den Lederhändler Möller verkauft worden, und ist danach unsere Mittheilung in Nr 48 der Posener Zeitung zu berichtigen.

r. **In Angelegenheit des bekannten Fensterscheiben-Exzesses** am 22. März 1871 wurde heute, also nach Verlauf von beinahe 6 Jahren, von der Kriminalabtheilung des hiesigen Kreisgerichts ein Gärtnergehilfe, welcher inzwischen an verschiedenen Orten gewesen und erst jetzt ermittelt worden war, auf Grund der §§ 303 und 305 des Strafgesetzbuches wegen Sachbeschädigung zu einer Woche Gefängniß verurtheilt. Wiewohl keiner der Zeugen mit Bestimmtheit auszusagen vermochte, gesehen zu haben, wie der Angeklagte mit Steinen geworfen habe, gestand dieser doch selbst ein, mit Steinen nach dem Bazar-Gebäude geworfen zu haben, und die Verurtheilung mußte demnach, bei dem eigenen Zugeständnisse des Angeklagten, erfolgen. Außerhalb des Gerichtsgebäudes äußerte der Angeklagte auf Befragen, warum er denn nicht geleugnet habe, er habe dies dem wirklichen Thatbestande gegenüber nicht gekonnt. Eine anerkennenswerthe Wahrheitsliebe!

t **Aus dem Kreise Kröben**, 18. Januar. [Lehrermangel.] Der Lehrermangel wird in hiesigem Kreise immer fühlbarer. Viele Stellen sind schon fast ein Jahr und länger vakant, ohne daß sich ein Bewerber findet. In Skaradowo werden 300 Kinder von einem Lehrer und dessen Frau unterrichtet.

○ **Pinne**, 18. Januar. [Feuer. Ertrunken. Hochstaplerthum.] In der Nacht vom 15. zum 16. d. M. brannte die in dem 1½ Meile von hier entferntem Dorfe Kuzle dem Mühlenbesitzer Wunsch gehörige Windmühle sammt dem auf derselben befindlichen und zum Vermahlen bestimmtem Getreide total nieder. Nur die Mühle war bei der Provinzial-Feuer-Societät mit 1800 Mark versichert. Böswillige Brandstiftung wird vermuthet, doch ist eine Spur des Thäters bis jetzt noch nicht entdeckt. — Ein in dem nahen Dorfe Zamorze wohnender Tagelöhner wurde seit Sonnabend den 13. d. M. vermißt, bis er endlich gestern in der Nähe des genannten Dorfes in einer Torfkute ertrunken aufgefunden wurde. Er hinterläßt eine Frau und 4 kleine Kinder. — Ein Kolporteur des Vereins für Volksliteratur in Berlin, Namens Schulz, hielt sich hier ca. 8 Tage auf und wollte die im Verlage des genannten Vereins erscheinende romantische Erzählung „Das Inselschloß“ von John Cumming absetzen, war aber hierbei so zudringlich, daß ihm von Vielen die Thür gewiesen wurde. Dessenungeachtet setzte derselbe einige Exemplare ab und ließ sich den programmmäßigen Betrag von 50 Pfennigen zahlen und verschwand schließlich bei Nacht und Nebel mit Hinterlassung einer unbezahlten Wirthshausrechnung von 18 Mark.

Σ **Schwerin a. W.**, 19. Jan. [Fortbildungsschule.] In der letzten Sitzung des Volksbildungs-Vereins hielt Gymnasial-Lehrer Ziegel einen Vortrag über Fortbildungsschulen. Der Vortragende ging von der Thatsache aus, daß bei der letzen Einstellung der Rekruten sich leider herausgestellt hat, daß 13 pCt. der in unserer Provinz Ausgehobenen nicht lesen und schreiben konnten, ein Beweis, daß entweder in den Volksschulen, die vielfach nicht regelmäßig besucht werden, nicht genug gelernt wird oder daß die jungen Leute nach Abgang aus der Schule zu viel verlernen. Deshalb sind auch von vielen Kommunen schon Fortbildungsschulen errichtet, die zunächst das in der Schule Erlernte lebendig zu erhalten, dann aber auch das Wissen zu erweitern haben. Für den hiesigen Ort wird eine zweiklassige Schule vorgeschlagen, und zwar eine obligatorische Unterstufe und eine fakultative Oberstufe, jede mit 6—7 Stunden wöchentlichen Unterrichts. Die Kosten würden sich auf ungefähr 900 Mark jährlich bei 9monatlichem Unterricht belaufen; der Vortragende sprach die Hoffnung aus, daß von diesen Kosten 300 Mark durch Vereine und durch Schulgeld in der fakultativen Oberstufe (in der Unterstufe soll unentgeltlich unterrichtet werden) aufgebracht werden könnten, wenn dann der Magistrat 300 M zahlte, so würde der Staat die Schule mit demselben Beitrage wie der Magistrat unterstützen. Die zahlreiche Versammlung (der hiesige Volksbildungsverein zählt fast 200 Mitglieder) beschloß einstimmig, eine Petition an die städtischen Behörden um Bewilligung von 300 Mark zur Errichtung einer Fortbildungsschule zu richten und wählte zur Ausarbeitung derselben ein Kommission von 7 Mitgliedern.

V **Bromberg**, 16. Januar. [Die Neubauten der Ostbahn. Brahe-Kanalisirung und Hafen.] Die Direktion der Ostbahn betreibt den Bau der neuen Bahnen: Posen-Belgard-Stolpe, Wangerin-Konitz, Laskowitz-Jablonowo, Insterburg-Prostken mit großem Eifer und hat schon bedeutende Massen von Schwellen und Stahlschienen, sowie Eisenkonstruktionen zu Brücken und Uebergängen ausgegeben. In letzter Zeit sind allein c. 550,000 Schwellen und 12,360,000 Kilo Stahlschienen submittirt worden. Erstere würden bei einem Geleise für c. 500 Kilometer und letztere für c. 200 Kilometer genügen. Man kann daher mit Sicherheit auf die rechtzeitige Vollendung des Baus rechnen, wenn keine sonstigen Störungen dazwischen kommen. — Die soviel besprochene Kanalisation der Brahe soll jetzt definitiv ausgeführt werden, und ein Termin zur Vergebung der Erdarbeiten, die zum Bau der Schleuse bei Kl.-Kapuczisko erforderlich sind, ist heute abgehalten worden. Die Betheiligung war zwar nicht stark, aber es hatten sich doch von verschiedenen Seiten, sogar von Kiel und Eutin, Unternehmer eingefunden. Nunmehr ist also der Streit, ob Kanal oder Kanalisation der Brahe, entschieden. Mit letzerer muß zugleich längs den Ufern der Brahe, so weit das Wasser durch die Schleusen gestaut wird, ein Dammsystem geschaffen werden, das die dahinter liegenden Ländereien und Wiesen vor dem Ueberstauen schützt. Zu bedauern ist, daß durch die Kanalisation die Wasserkraft verloren geht, die gewonnen wäre, wenn auf dem linken Ufer der Brahe vom Oberwasser der Mühle bei Bromberg bis zur Weichsel ein Kanal gegraben wäre. Bei dem starken Gefälle von c 27 Fuß konnte er mit ganz geringen Quantitäten Wasserkräften geschaffen werden, durch Benutzung von oberschlächtigen Rädern, die der Industrie bei Weitem billiger gekommen wäre, als die nur für Schneidemühlen billige Dampfkraft. Letztere gewinnen durch die Borke und Sägespähne, während andere Etablissements sich das voraussichtlich noch theurer werdende Brennmaterial kaufen müssen und so nicht mit den Fabriken konkurriren können, denen Wasserkraft zu Gebote steht. Bei Steigerung der Industrie kann es deshalb sehr leicht kommen, daß doch noch ein Kanal neben der Brahe gebaut wird. Mit der Kanalisation wird auch die Anlage eines Hafens auf der mehrere hundert Morgen großen schönen Wiesenfläche bei Deutsch-Fordon nöthig, diese gehen dadurch für die Kultur verloren, und können dieser erst dann zurückgegeben werden, wenn ein Kanal es gestattet, den Hafen auf der oberen sandigen Fläche anzulegen.

Bromberg, 19. Jan. [In Bezug auf den Schlußakt des vieranier Kirchentumultsprozesses] erhält die „Br. Z." von Propst Brenk folgende vom 18. d. M. datirte Zuschrift: „In der gestrigen Schwurgerichtsverhandlung gegen Synoradzki und Komplizen ist vom allgemeinem und hochwichtigem Interesse das Eingeständniß des Angeklagten Herrn Kryszewski gewesen, welches derselbe durch den Mund des Rechtsanwalts Kempner gethan hat. Dieser erklärte nämlich ausdrücklich, daß sein Klient mit zu den thatsächlichen Anstiftern des pleranler Tumults gehört, daß aber auch er nur Werkzeug gewesen und lediglich nach den Befehlen der ultramontanen Geistlichkeit gehandelt habe. Dieses Eingeständniß ist geeignet, jeden Zweifel selbst bei den Hartgläubigsten darüber zu heben, wer Unruhe und Krieg im Lande gestiftet und zu welchen absolut verwerflichen Mitteln eine menschen- und staatsfeindliche Partei im Lande schreitet, deren Mund von Betheuerungen der Unschuld, Bedrückung und Liebe überfließt, deren jetzt offenbare Mittel zum Zweck indessen Tumult und deren Devise im Kampfe mendacium pro veritate ist. Leider hat sich der Angeklagte noch nicht veranlaßt gefunden, diejenigen nambaft zu machen, die ihn in die heutige unglückliche Lage mitversetzt haben, vielleicht wird die unfreiwillige Muße, zu der er verurtheilt ist, ihm auf der einen Seite zeigen, wo seine wahren Freunde sich befinden, auf der anderen Seite ihm die Augen öffnen über den Abgrund, in welchem er wider seine bessere Ueberzeugung sein Schicksal und seine Zukunft opfernd, sich jählings hinabgestürtzt hat."

Aus dem Gerichtssaal.

Berlin, 18. Jan. In Angelegenheit des Artikels „Moabiter Alterthümer — Kapitel zwei!" welcher am 30. Juni v. J in der „Post" erschien und gegen welchen die königliche Staatsanwaltschaft wegen Beleidigung des Professor Curtius die Anklage erhoben hatte, erschienen heute der Chefredakteur der „Post", Dr. Kayßler, und der Verfasser des inkriminirten Artikels, Dr. Adolf Rosenberg vor der VII. Deputation des Stadtgerichts. Nach Beschluß vom 2. November vorigen Jahres waren als Zeugen vorgeladen der General-Direktor der königlichen Museen, Graf von Usedom, Exzellenz, und der Generalsekretär, Herr Geh. Regierungsrath Dielitz, welche über einige Punkte des Artikels zur Vernehmung vorgeladen worden waren. Aus den Aussagen dieser Zeugen ergab sich: 1) daß der Ankauf der in Rede stehenden Alterthümer mit Vorwissen des Grafen von Usedom erfolgt sei, 2) daß Professor Curtius die Alterthümer vor ihrem Ankauf nicht gesehen hat, 3) daß die Fundberichte weder zur Zeit des Ankaufs, noch damals, als der Artikel erschien, im Besitz der General-Verwaltung waren, sondern erst später eingeliefert worden sind. Der Staatsanwalt Simon von Zastrow suchte aus dem Wortlaut des Artikels die Absicht beider Angeklagten, den Professor Curtius als einen Mann hinzustellen, der in frivoler und leichtfertiger Weise mit Umgehung seiner Dienstvorschriften handle, und ihn dadurch in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, herzuleiten und beantragte demgemäß gegen den verantwortlichen Redakteur Dr. Kayßler eine Geldbuße von 150 Mark und gegen den Verfasser Dr. Rosenberg vier Wochen Gefängniß. Als Vertheidiger der Angeklagten nahm dann Herr Dr. Heidenfeld, der Rechtsbeistand der „Post", das Wort. Er bestritt zunächst die Absicht der Angeklagten, den Professor Curtius zu beleidigen. Das gehe schon aus der Stellung und der ganzen Tendenz der Zeitung hervor. Es könne nur in ihrer Absicht gelegen haben, die Angelegenheit zur Sprache zu bringen und eine Klärung derselben herbeizuführen. Die Zeugenaussagen hätten die Richtigkeit der behaupteten Thatsachen erwiesen bis auf den einen Punkt, daß die Alterthümer ohne Vorwissen des Grafen Usedom angekauft seien. Aber auch dieser Punkt sei unerheblich, da nach der Aussage des Grafen Usedom nicht er, sondern eine Kommission die Entscheidung über den Ankauf habe. Demzufolge beantrage er, die Angeklagten von Kosten und Strafe freizusprechen, event. das Strafmaß herabzumindern, zumal der Angeklagte Rosenberg noch nicht bestraft sei. Nach dem beredten Plaidoyer des Rechtsbeistandes ergriff zuerst Dr. Kayßler das Wort, um darauf hinzuweisen, daß jede Absicht einer persönlichen Beleidigung fern gelegen habe, daß der Verfasser des Artikels seiner Ueberzeugung nach jedenfalls geglaubt habe, nur einen sachlichen Fehlgriff aufzudecken, in einer Zeit, wo gerade in dieser Beziehung in der Gelehrtenwelt eine gewisse Aufregung bestanden habe, gegründet darauf, daß mancherlei Täuschungen im Handel mit Antiquitäten vorgekommen seien. Dr. Rosenberg bestätigt im Anschluß daran, daß ihm jede Absicht einer persönlichen Beleidigung fern gelegen habe. Sein Bestreben wäre nur darauf gerichtet gewesen, die betreffenden Behörden zu einer Aufklärung des Thatbestandes zu veranlassen, resp. den Grafen von Usedom gegen einen etwaigen Vorwurf, falsche Alterthümer erworben zu haben, der gegen ihn gelegentlich des Ankaufs der moabiter Alterthümer mit Unrecht erhoben worden, zu verwahren. — Der Gerichtshof zog sich sodann zurück und nach längerer Berathung verkündete Stadtgerichtsdirektor Reich das Urtheil. Eine Absicht auf Beleidigung des Professor Curtius könne von Seiten der Angeklagten nicht angenommen werden. Es wäre sogar auf Freisprechung der Angeklagten zu erkennen, wenn die Presse diejenige Instanz wäre, der die Kritik von Amtshandlungen unterliege. Dies sei aber nicht der Fall. Wohl aber habe sie das Recht, über Echtheit oder Unechtheit, Schönheit oder Häßlichkeit u. s. w. zu urtheilen. Das Erkenntniß lautete auf 120 Mark gegen den verantwortlichen Redakteur Dr. Kayßler und gegen Dr. Rosenberg auf 150 Mark.

Wöchentlicher Produkten- und Börsenbericht

von Hermann Meyer.

Posen, 20. Januar. Die Witterung war auch in dieser Woche nicht winterlich, nur des Nachts wurde es etwas kälter. Trotz des anormalen Wetters hört man von keiner Seite Klagen über die Saaten. — Im Handel trat für sämmtliche Getreidesorten ein etwas festerer Ton hervor, wovon hauptsächlich

Roggen profetirte. Die Steigerung an den Schlesischen Märkten bewirkte Versendungen dorthin und nach der Lausitz. Hierdurch und durch anhaltende Ankäufe des Proviantamtes, welches in dieser Woche den besseren Qualitäten den Vorzug gab, erhöhte sich der Preis hauptsächlich für feine Waare. Man zahlte für mittlere 168—172, feine 174—180 Mark per 1000 Kilo.

Weizen hatte etwas bessere Zufuhr als Roggen und gewann ebenfalls einige Mark im Werthe. Die hohen Newyorker Notirungen und die feste Haltung der Preise in England regen die Spekulation zu Ankäufen an. Nach Sachsen und Schlesien bleibt der Versand in feiner Waare recht lebhaft, während hiesige Konsumenten in Folge der höheren Preise sehr zurückhaltend sind. Man zahlte je nach Qualität 186—220 Mark per 1000 Kilo.

Gerste, schwach zugeführt und von Brauern vernachlässigt, fand zum Versande nach Schlesien gute Nachfrage bei behaupteten Preisen. Man zahlte 147—160 Mark per 1000 Kilo.

Hafer, wenig offerirt, wurde von Konsumenten etwas theurer bezahlt. Zu notiren ist 141—154 Mark per 1000 Kilo.

Erbsen, recht stark angeboten, wurde zur Lagerung zu vorwöchentlichen Preisen gekauft. Das hiesige Lager von diesem Artikel gewinnt an Umfang und dürfte erst zum Frühjahr nach Stettin durch Kahnabladung Verwendung finden. Man zahlte für Futterwaare 135 bis 141, Koch- 147—157 Mark per 1000 Kilo.

Spiritus ermäßigte in Berlin unter dem Einfluß der niedrigeren pariser Notirungen und der augenblicklichen Geschäftsstille langsam seinen Preis, doch folgte man hier diesem Rückgange nicht, wodurch unsere Frühjahrspreise nur ca. 1,60 Mk. unter Berlin zu stehen kamen. Es lagen von verschiedenen Gegenden Ankaufs-Ordres für Frühjahr vor, während auch von Lokowaare von den Stationen mäßiger Versand stattfand. Die Spritfabrikanten betheiligten sich nur schwach beim Kaufe, weil Ordres nur im geringen Maße eingingen, doch sind die Fabriken auf frühere Verschlüsse recht gut beschäftigt. Unser Lager, welches gegenwärtig 1½ Mill. Kilogr. incl. der Bestände der Spritfabriken beträgt, vergrößert sich nur sehr unbedeutend, so daß das vorjährige Quantum von 3⅓ Millionen annähernd erreicht werden dürfte. Die Brennereizufuhren sind zwar etwas geringer als im Vorjahre, dauern aber bis jetzt ungeschwächt fort, obwohl die Klagen über Kartoffelfäule sich wieder stärker vernehmen lassen. Man zahlte für Januar 54—53,7, April-Mai 56,2—55,9.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Frachtfreiheit**. Der Handelsminister hat angeordnet, daß die für die Ueberschwemmten ꝛc. bestimmten Sendungen auf den königl. Bahnen frachtfrei zu befördern sind.

** **Berlin**, 18. Januar. An 12. d. M. fand hier auf Einladung der Direktion der „Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn" eine Konferenz über das neu einzuführende Gütertarifsystem statt, an welcher die Handelsvorstände und die industriellen und landwirthschaftlichen Zentralvereine aus den Provinzen Brandenburg und Schlesien, die Vorsteher der Kaufmannschaft zu Stettin, die Handelskammer zu Posen und eine größere Anzahl betheiligter Bahnverwaltungen durch Deligirte theilnahmen. Eine Diskussion über das Prinzip des neuen Tarifsystems, welches eine Kombination aus dem bestehenden Klassifikations- und dem Wagenraum- und Gewichts-System bildet, war ausgeschlossen, da die Annahme dieses Systems, nachdem sämmtliche deutsche Bahn-Verwaltungen, das Handels-Ministerium und der Bundesrath zugestimmt haben, definitiv entschieden ist. Die Tagesordnung umfaßte nach dem bezüglichen Reskript des Handelsminister nur folgende Punkte: Ertheilung etwa erforderlicher Erläuterungen zu dem neuen Tarifschema seitens der Bahnverwaltungen; Berathung über die Einreihung der einzelnen Artikel in die Spezial-Tarife; Berathung über das Verzeichniß der sperrigen Güter, und Berathung über die der Deckung bedürftigen Güter. Zum ersten Punkt der Tagesordnung stellten zuerst die Vertreter der berliner Kaufmannschaft die Anfrage, ob nicht durch Gestattung der Bildung von Ausnahmetarifen, welche der Handelsminister vorgesehen habe, einer willkürlichen Tarifwirthschaft Thür und Thor geöffnet werde. Da hierbei die Auffassung zu Tage trat, als ob der Zweck der Tarifreform auch die Beseitigung der Differentaltarife sein solle, so nahmen die Vertreter Stettin's Veranlassung, in der sich entspinnenden Diskussion mit Entschiedenheit ihren Standpunkt dahin zu präzisiren: daß nach ihrer Ansicht der Zweck der Tarifreform die Schaffung einheitlicher Vorschriften über die Bildung der Tarife, aber nicht eine uniforme Feststellung der Tarifsätze sei; daß bei dem neuen System die Bildung von Differentialtarifen unzweifelhaft zuläßig sei, wofern nur die einheitliche Klassifikation und die ministeriell genehmigten Maximalsätze innegehalten würden, und daß Tarife mit dem Auslande nach ihrer Auffassung nicht als Ausnahmetarife, welche der besonderen Genehmigung des Handelsministers bedürften, gelten könnten, wenn sie nach einem anderen Tarifsystem und mit danach aufgestellten Sätzen gebildet seien. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit dieses Punktes für die Bildung der künftigen Tarife gaben die stettiner Delegirten noch in Gemeinschaft mit der Handelskammer zu Posen eine hierauf bezügliche Erklärung zu Protokoll. — Aus der Berathung über die Einreihung der einzelnen Artikel in die Spezialtarife ist hervorzuheben, daß Stettin und Berlin beantragten, Spiritus, Petroleum, Oele, Talg und Schmalz, welche Artikel nach der Vorlage in die allgemeine Wagenladungsklasse gehören, in Spezialtarif I zu versetzen; ferner gaben Breslau und Stettin, unter Zustimmung vieler anderer Delegirten die Erklärung ab, daß der von dem Handelsminister zunächst für Spezialtarif I ins Auge gefaßte Maximalsatz von 1,7 Pf. pro Zentner und Meile für die in diesen Tarif eingestellten Artikel Getreide und Hülsenfrüchte zu hoch sei, wobei von vornherein auf die Nothwendigkeit von Ausnahmetarifen für diese Artikel hingewiesen wurde. Zum dritten Punkt der Tagesordnung wurde von Stettin und Berlin beantragt, in das Verzeichniß derjenigen Güter, welche die Eisenbahn-Verwaltungen ohne Erhöhung der Frachtpreise in bedeckt gebauten Wagen befördern müssen, Alaun, Pottasche, Flachs und Heede aufzunehmen. Außer diesen Hauptanträgen wurde noch eine Anzahl von Anträgen sowohl hinsichtlich der Klassifikation als hinsichtlich der sperrigen und der der Deckung bedürftigen Güter, gestellt, welche meist mit lokalen Interessen begründet und deshalb von anderen Handelsvorständen theils nicht unterstützt, theils bekämpft wurden. Schließlich wurde darauf aufmerksam gemacht, daß mit Rücksicht auf die Veränderungen, welche das neue System in vielen Verkehrsbeziehungen hervorrufen würde, die vollständigen Tarifhefte eine angemessene Frist, mindestens 6 Wochen, vor ihrem Inkrafttreten vollständig veröffentlicht werden müßten. — Bei der verschiedenartigen Zusammensetzung der Konferenz fand eine Abstimmung überhaupt nicht statt; sämmtliche Anträge wurden von dem Vorsitzenden nur zur Berichterstattung an den Handelsminister genommen. Da indessen trotz der vielen von den Vertretern des Handelsstandes vorgetragenen Wünsche nirgend eine prinzipielle Gegnerschaft hervortrat und der verspätet eingeladene „Verein Deutscher Eisen- und Stahl-Industriellen" mit seinem Antrage auf Vertagung der Berathung ohne Unterstützung blieb, so dürfte der Verlauf der Konferenz wohl dem endlichen Zustandekommen der so lange angestrebten Reform günstig sein. Nach den Auslassungen des Vorsitzenden, Geheimrath Pape, von der Direktion der Niederschlesisch-Märkischen Bahn, wird seitens des Handelsministers in jedem Falle darauf gehalten werden, daß bei dem Uebergang zu dem neuen System die Frachtsätze im Ganzen und Großen nicht erhöht werden, wenn auch einzelne Frachterhöhungen neben Frachtermäßigungen nicht zu vermeiden seien, und daß den bisher besonders berücksichtigten hervorragenden Vekehrsbeziehungen auch ferner möglichst Rechnung getragen wird. In letzterer Beziehung ist z. B. anzuführen, daß die Direktion der Niederschlesisch-Märkischen Bahn beabsichtigt, die z. Z. auf ihrer Bahn bestehenden fünf Ausnahmetarife für Kohlen, Getreide u. s. w. auch in Zukunft bestehen zu lassen.

(Ostsee Ztg.)

Vermischtes.

* **Schwetz**, 14. Januar. (Ein bestohlener Staatsanwalt.) Am vergangenen Freitag traf der hiesige Staatsanwalt, von einer Reise zurückkehrend, auf der in der Nähe unserer Stadt gelegenen Eisenbahnstation Terespol ein. Die angenehme Witterung spottete der winterlichen Kleidung und veranlaßte denselben, seinen Pelz im Wartesalon abzulegen und den eben eingetroffenen Personenzug in Augenschein zu nehmen. Bei seiner Rückkehr war der Pelz verschwunden und es wurde der inzwischen abgelassene Zug auf seine Veranlassung nochmals zum Stehen gebracht, da die Vermuthung nahe lag, daß Einer der Reisenden den Pelz an sich genommen habe. Alles drängte sich an die Fenster der Coupés in der Meinung, ein Unglück sei geschehen. Es wird nach dem verschwundenen Pelz geforscht, doch vergeblich — der Pelz war weg. Dem Bestohlenen blieb nun nichts Anderes übrig, als sich mit Resignation in sein Mißgeschick zu fügen und, mit einem Fußsack bewaffnet, in leichtem Anzuge seine Reise nach Schwetz anzutreten. Als die Droschke fast auf halbem Wege war, hatte sie zwei Männer eingeholt, von denen der Eine einen Pelz trug, dem man es gar zu deutlich ansah, daß sein Träger nicht in denselben hineinpaßte. Sofort hielt der Wagen, und wurde der Pelzmarder, welcher übrigens Lunte roch und die Flucht ergriff, vom Kutscher eingeholt, vom Staatsanwalt, der seinen Pelz sogleich erkannte, verhaftet und ersucht, in der Droschke Platz zu nehmen, um an das hiesige Gefängniß abgeliefert zu werden. Vielleicht hätte er den Pelz unberührt gelassen, wenn er geahnt, daß derselbe einem Staatsanwalt gehöre.

* **Ein Sittenbild**. Eine ungewöhnliche Begebenheit wird aus Crowle in Lincolnshire gemeldet. William Liggott, ein Wurstmacher, verkaufte seine Frau für 40 Pfd. St. an Chapman Pidd, den Wirth der „Fishmonger Arms". Der Kaufkontrakt wurde in dem Bureau eines Advokaten aufgesetzt, das Geld gezahlt und die Frau dem Käufer übergeben. Beide Parteien scheinen mit dem geschlossenen Geschäfte zufrieden zu sein. Pidd ist erst vor Kurzem Wittwer geworden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 20. Januar. Im Abgeordnetenhause brachte der Abgeordnete Windthorst (Meppen) eine Interpellation, betreffend die Linderung der Noth der von der Nogatüberschwemmung Betroffenen ein. Hierauf wurden sechs auf Tagesordnung stehende kleinere Vorlagen theils an die Rechnungs- theils an die Budgetkommission verwiesen, theils auch debattenlos in erster und zweiter Lesung erledigt. Der Gesetzentwurf über den Umbau des Zeughauses wird von Gerlach, Biesenbach und Windthorst (Meppen) bekämpft, von Windthorst (Bielefeld) und Wehrenpfennig befürwortet und geht an die Budgetkommission. Für die Vorlage über die Umzugskosten der Beamten wird die zweite Berathung im Hause beschlossen.

Militärgerichte und Zivilpersonen.

In den Nummern 880 und 914 der Posener Zeitung vom 15. resp. 30. Dezember v. J. haben wir über zwei Fälle berichtet, worin die Berechtigung der Militärgerichte, Zivilpersonen unter Androhung von Strafen als Zeugen direkt vorzuladen und zu vernehmen, bestritten wurde. Zur Klarstellung der Frage geht uns von zuständiger Seite folgende Ausführung zu:

Die preußische Kriminal-Ordnung vom 11. Dezember 1805, welche in Verbindung mit der preußischen Militär-Straf-Gerichts-Ordnung vom 3. April 1845 maßgebend ist, im Uebrigen aber auch in vielen Punkten noch für die Zivil-Gerichte ihre Giltigkeit hat, schreibt in den §§ 310—312 Folgendes vor:

310. „Bei Vorladung der Zeugen ist die Zeit und der Ort ihrer Vernehmung genau zu bestimmen; wenn der Vorgeladene nicht zur bestimmten Stunde erscheint und sich deshalb nicht zu rechtfertigen oder zu entschuldigen vermag, so soll eine solche Nichtachtung des richterlichen Befehls durch Auflegung der Kosten des dadurch vereitelten Termins oder durch Ordnungsstrafen geahndet werden.

311. Jedermann im Staate, ohne Unterschied des Standes, ist schuldig, sich als Zeuge vernehmen zu lassen und nach Aufforderung des Gerichts, bei welchem die Untersuchung schwebt, zu erscheinen, wenn er auch einem anderen persönlichen Gerichtsstande unterworfen ist.

312. Weigert sich Jemand, als Zeuge sich vernehmen zu lassen, so soll er dazu von seinem ordentlichen Richter durch Geld- oder Gefängnißstrafen angehalten werden."

Diese Strafen können, wie aus dem § 20 der Verordnung vom 3. Janur 1849 zu entnehmen ist, in Geldbuße bis zu 20 Thlr. oder in Gefängniß bis zu acht Tagen bestehen.

Hiernach kann die Befugniß der Militär-Gerichte, Personen des Zivilstandes zur Vernehmung als Zeugen ohne vorhergehende Requisition der Zivil-Gerichte vorladen zu lassen, keinem Bedenken unterliegen.

Es folgt aber aus jenen gesetzlichen Bestimmungen noch weiter, daß auch der untersuchende Militärrichter einer Zivilperson die gesetzlichen Folgen des unentschuldigten Fernbleibens vom Termine anzudrohen berechtigt ist (wie dies der Zivilrichter in wiederholten Fällen thut), weil damit durchaus noch nicht gesagt ist und auch nicht gesagt werden soll, daß das Militär-Gericht seinerseits auch die verwirkte Strafe festsetzt und vollstreckt.

Dazu ist auf Requisition desselben, wie der § 312 l. c. klar ausspricht, nur der ordentliche Richter des Vorgeladenen, d. h. also der betreffende Zivilrichter befugt, und dürfte es auch wohl noch nicht vorgekommen sein, daß ein Militär-Gericht mit Umgehung des Zivil-Gerichts eine Strafe gegen einen Zivilisten in solchen Fällen festgesetzt und eingezogen hätte.

Zu bemerken ist noch, daß auch das königliche General-Auditoriat als der höchste militärische Gerichtshof, diese Auffassung der Sache vertritt.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten durch die Heilnahrung:

REVALESCIERE du Barry von London.

Seit 30 Jahren hat keine Krankheit dieser angenehmen Gesundheitsspeise widerstanden und bewährt sich dieselbe bei Erwachsenen und Kindern ohne Medicin und ohne Kosten bei allen Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberkulose, Schwindsucht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blutaufsteigen, Ohrenbrausen, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus' Gicht, Bleichsucht; auch ist sie als Nahrung für Säuglinge schon von der Geburt an selbst der Ammenmilch vorzuziehen. — Ein Auszng aus 80,000 Certifikaten über Genesungen, die aller Medecin wideur standen, worunter Certifikate vom Professor Dr. Wurzer, Medicinalrath Dr. Angelstein, Dr. Shoreland, Dr. Campbell, Professor Dr. Dédé, Dr. Ure, Gräfin Castlestuart, Marquise de Brèhan und vielen anderen hochgestellten Personen, wird franco auf Verlangen eingesandt.

Abgekürzter Auszug aus 80,000 Certificaten.

Nr. 62476. Dem lieben Gott und Ihnen sei Dank. Die Revalescière hat meine 18jährigen Leiden im Magen und in den Nerven, verbunden mit allgemeiner Schwäche und nächtlichem Schweiß gänzlich beseitigt. J. Comparet, Pfarrer, Sainte Romaine des Iles.

Nr. 89211. Orvaux, 15. April 1875. Seit vier Jahren genieße ich die köstliche Revalescière und leide seitdem nicht mehr an den Schmerzen in den Lenden, die mich während langer Jahre fürchterlich gefoltert hatten. In meinem 93. Jahre stehend, erfreue ich mich jetzt der vollkommensten Gesundheit.

Nr. 45270. J. Robert. Von seinem 25jährigen Leiden an Schwindsucht, Husten, Erbrechungen, Verstopfungen und Taubheit gänzlich hergestellt.

Nr. 62845. Pfarrer Boilet von Ecrainville. Von Asthma mit häufigen Erstickungen völlig hergestellt.

Nr. 75971. Gutsbesitzer David Ruff von gänzlicher Erschöpfung, sehr häufiger Appetitlosigkeit und schmerzhaftem Druck im Gehirn vollständig hergestellt.

Nr. 64210. Marquise von Bréhan, von 7jähriger Leberkrankheit Schlaflosigkeit, Zittern an allen Gliedern, Abmagerung und Hypochondrie.

Nr. 75877. Florian Köller, K. K. Militärverwalter, Großwardein, von Lungen- und Luftröhren-Katarrh, Kopfschwindel und Brustbeklemmung.

Nr. 75970. Herr Gabriel Teschner, Hörer der öffentlichen höheren Handels-Lehranstalt in Wien, in einem verzweifelten Grade von Brustübel und Nervenzerrüttung.

Nr. 65715. Fräulein de Montlouis, von Unverdaulichkeit, Schlaflosigkeit und Abmagerung.

Nr. 75928. Baron Sigmo von 10jähriger Lähmung an Händen und Füßen 2c.

Die Revalescière ist viermal so nahrhaft als Fleisch und erspart bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in anderen Mitteln und Speisen.

Preise der Revalescière ½ Pfd. 1 Mk. 80 Pf., 1 Pfd 3 Mark 50 Pf., 2 Pfd. 5 Mk. 70 Pf, 12 Pfd. 28 Mk. 50 Pf.

Revalescière Chocolatée 12 Tassen 1 Mk. 80 Pfg., 24 Tassen 3 Mk. 50 Pf., 48 Tassen 5 Mk 70 Pf. u. s w

Revalescière Biscuites 1 Pfd. 3 M. 50 Pf., 2 Pfd. 5 M. 70 Pf.

Zu beziehen durch Du Barry u. Co. in Berlin W., 28-29 Passage (Kaiser-Gallerie) und bei vielen guten Apothekern, Droguen-, Specerei- und Delicatessenhändlern im ganzen Lande, in **Berlin:** Felix & Sarotti, J. C. F. Neumann & Sohn, Franz Schwarzlose; J. F. Schwarzlose Söhne; **Beuthen:** Gustav Cohn; **Breslau** S. G. Schwarz, Eduard Groß, Gustav Scholtz, Herm. Straka Erich & Carl Schneider, Robert Spiegel; **Bromberg:** S. Hirschberg, Firma: Julius Schottländer; **Glogau:** Reinhold Wöhl. **Görlitz:** Edouard Temler, Otto Eschrich, Ewald Suschke; **Guben:** B. Gestewitz, Apotheker; **Landsberg a. W.:** Jul. Wolff; **Magdeburg:** H. Glawe, Firma: J. F. Baum, Otto Schmidt, Aug. Buttenberg, Nachf.: **Metz:** H. Lallemand, Apotheker, Robinet, C. Brogard, Nachfolger, Ed. Vanesson, Apotheker, Claude, Apotheker, Richard, Apotheker, Toussaint, Closse succ. Chr. Amblard; **Oels:** Arthur Scholtz; **Poln. Lissa:** S. A. Scholtz; **Posen:** A. Pfuhl's Apotheke, R. Lux, Krug & Fabricius, Richard Fischer; **Ratibor:** Joseph Tanke; **Rawicz:** J. Mroczkowsk..

Bekanntmachung.

Die Erbauung von

3 Baubureau-Gebäuden

in Fachwerk, in der Nähe der Dörfer Dembsen und Starolenka und der Lacz Mühle, incl Lieferung aller dazu nöthigen Materialien, soll im Wege der **Submission** verdungen werden, wozu ein Termin auf

Freitag, den 26. Januar 1877, Vormittags 10 Uhr,

im Bureau der Festungs-Bau-Direktion, Kanonenplatz 1, hiermit anberaumt wird.

Die Bedingungen sind ebendaselbst in den Dienststunden einzusehen resp. gegen Erstattung der Kopialien zu beziehen.

Posen, den 6. Januar 1877.

Königliche Festungs-Bau-Direktion.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der **Pflaster-Arbeiten** inkl. Material-Lieferung in der **Elisabeth- u. Karlstraße,** sowie auf dem **Elisabeth-Markte** (ca. 9000 □M Steinpflaster der Fahrbahn und 6000 □M. Bürgersteig) soll im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden und steht hierzu auf

Mittwoch, den 31. Jan c. Vorm. 11 Uhr

Termin in unserer Registratur M. III an, woselbst auch die Zeichnungen und Extracte aus den Kostenanschlägen, sowie die allgemeinen und speziellen Bedingungen eingesehen ev. gegen Erstattung der Kopialien bezogen werden können.

Bromberg, den 16. Jan. 1877.

Der Magistrat. Bau-Deputation.

Grüder.

Ediktalzitation.

Der Pfandbrief Serie III Nr. 967 des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen ist dem Bankhause Hirschfeld u. Wolff hierselbst im Jahre 1868 oder vor dieser Zeit abhanden gekommen. Der Inhaber desselben wird hierdurch aufgefordert, spätestens bis **zum 1. September 1877** sich bei uns zu melden oder die gänzliche Amortisation des Pfandbriefs zu gewärtigen.

Posen, den 12. September 1876.

Königliche Direktion. des neuen landschaftlichen Kreditvereins für die Provinz Posen.

Donnerstag, den 25. Januar d. J., 10 Uhr Vormittags

wird in der Kurniker Forst auf dem Revier **Zwola** eine **Licitation** von **250 Stück Kiefern** (Bauholz) stattfinden.

Forstverwaltung.

Freitag, den 26. Januar d. J., 10 Uhr Vormittags

wird in der Kurniker Forst auf dem Revier **Czołowo** eine **Licitation** von **180 Stück Kiefern** (Bauholz) stattfinden.

Forstverwaltung.

Oberschlesische Eisenbahn.

Wir bringen hiermit wiederholt zur Kenntniß des betheiligten Publikums, daß wir Herrn **Moritz S. Auerbach** hierselbst, Magazinstraße Nr 15 zum Rollfuhr-Unternehmer für die hiesige Station bestellt haben.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß diejenigen Empfänger welche ihre Güter selbst oder durch andere Personen abrollen lassen wollen, dies unserer Güter-Expedition rechtzeitig vorher anzuzeigen haben.

Posen, den 8. Januar 1877.

Königliche Eisenbahn-Kommission.

Gerichtliche Auktion.

Montag, den 22. d. M.

Vormittags 10 Uhr werden auf dem Hofe Magazinstraße Nr. 1 **2 Arbeitspferde**, 6 resp. 7 Jahr alt, sowie ein **Arbeitswagen** gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert.

Zindler,
Königl. Auktions-Kommissarius.

Gerichtliche Auktion.

Montag, den 22. d.,
früh von ¾11 Uhr ab,

werden im Auktionslokale, Magazinstraße Nr. 1:

Kleider-, Wäsche- u. Silberspinde, Sophas, Spiegel, Kommoden, Teppiche, 1 Faß Rum, 1 Sack Kaffee, 1 Nähmaschine, Kleidungsstücke, Taback, Putzpulver, etc.

gegen baare Zahlung öffentlich versteigert.

Zindler,
Königl. Auktionskommissar.

Gutsverkauf.

Ein 500 Morgen großes Gut, welches sich in bester Kultur befindet und eine günstige Lage hat, ist bei 16,000 Thlr. Anzahlung zu verkaufen. Franco-Nachfragen werden unter K. I. an die Expedition der Pos. Zeitung erbeten.

Ich beabsichtige mein am Markte hier belegenes und seit einigen dreißig Jahren bestehendes sehr frequentes

Destillations-, Schank- und Material-Geschäft

im Engros und Detail mit allen nöthigen Utensilien und erforderlichen Gefäßen sofort zu verpachten, obwohl die Uebergabe erst am 1. October dieses Jahres erfolgen kann. Briefliche oder persönliche Meldung nimmt die Unterzeichnete selbst entgegen.

Exin, im Januar 1877.

Ww. Jacob Lewinsohn.

Eine Stadtbrauerei

einer belebten Stadt mit massiven Gebäuden, Eiskeller, Vergnügungs- und Hopfengarten, 6 Meilen von Breslau, ist mit 2500 Thlr. Anzahlung wegen Erbschaftstheilung baldigst zu verk.

Off. A. A. der Exped. d. Ztg.

40 Stück Mastvieh, kernfett, stehen zum Verkauf auf dem **Dom. Polanowitz** bei Kruschwitz.

23 Stück Mastvieh stehen zum Verkauf auf **Dom. Karniszewo** bei Kletzko.



Vollblut-Stammheerde Gallnau,

(Tochterheerde aus Saatel.)

Der Bock-Verkauf über **60 sprungfähige Merino-Kammwoll-Böcke** beginnt **am 22. Februar d. J., Mittags 12 Uhr,** nach Taxe.

Gallnau bei Freistadt
in Westpreußen.

Otto Schütze.



30 starke Mastochsen stehen zum Verkauf.

Dom. Labiszynek-Gnesen

1000 Dutz.

Piasava-Viehkardätschen werden dutzendweise oder in Partien zu den billigsten Preisen ab Fabrik abgegeben; auch Stuben- und Stallbesen aus Para und Piasava sind billigst zu beziehen.

Koldmoos p. Gravenstein, Schl.-Holst.

A. Ingermann.



Der Bockverkauf

über **40** sprungfähige **Merino-Kammwollböcke** aus der Stammheerde der Fürstl. Reußischen Domaine Neudorf (Tochterheerde aus Krebsow) beginnt

am 24. Februar Mittags 1 Uhr.

Neudorf, Bahnstation Dt. Eylau, Kreuzpunkt der Thorn-Insterburger und Marienburg-Mlawkaer Bahn.

R. Doehling.

Nachtrag.

Die Stammschäferei Neudorf ist im Frühjahr 1876 von Warin bei Gniewkowo nach Neudorf bei Dt. Eylau übergesiedelt.

Jeden **Donnerstag,** Vormittag 9 Uhr, **Wierzonka,** Revier Maruschka, Verkauf von

Kiefern Bau- und Nutz-Holzstämmen.

Ungar. Mais, Raps- u. Leinkuchen, Weizen- u. Roggenkleie

offeriren billigst

G. Fritsch & Co.,
Posen, Mühlenstr. 40.

Glacéhandschuh-Fabrik
A. Saddoff in Breslau,
Weidenstraße

Thon-Ziegel

bester Qualität,

Klinker, I. u. II. Klasse,

stehen zum Verkauf auf der Ziegelei **Krummwiese** bei **Wronke.**

Die Versendung kann per Bahn wie auch zu Wasser auf der Warthe erfolgen.

Fried. Hellwig.

Es werden schöne **Güter** mit festen Hypotheken zum Kauf und Vertausch gegen berliner Häuser, wobei eine renommirte Weißbier-Brauerei, die einen großen Gewinn abwirft da das Bier gleich frisch abgesetzt wird, gesucht. Näh. durch die Exped. d. Ztg. unter **H. M. 80.**



Eiserne Öfen

in verschiedenen Größen und Constructionen empfiehlt

S. J. Auerbach,
Posen.

Billige

alte Säcke

in großen Partien zu **Kartoffeln, Getreide, Chemikalien, Düngerstoffen 2c.** von 18—36 Pfennigen offeriren

Schwabe & Wolters,
Hamburg.

Billardbälle!

68,72 Mill. groß und Betreff der Haltbarkeit und Färbung den Elfenbeinbällen vollständig gleichen, dagegen jede Anderen jetzt neu fabrizirten Massabällen übertreffen. Pro Satz 6 Thaler, und garantire für einjährige Benutzung.

Elfenbeinbälle (neu), pro Satz 18, 20, 23 u. 30 Thlr.

Caesar Mann,
Drechslermeister, Friedrichsstr. 10.

Gleichzeitig empfehle den so sehr beliebten echt schwedischen **Steinkitt** für Porzellan, Glas, Marmor, Holz, Elfenbein, Metall 2c.

Billards!

in jeder **Holzart** inkl. **Marmorplatte** 1 Stück und sämmtlichem Zubehör verkauft p. C. von 180 Thlr. an u. s. w., ebenso gegen monatliche Abschlagszahlung von 10 Thlrn. die Fabrik von **Caesar Mann, Friedrichsstr. 10.** NB. Elfenbein- und Hartgummibillardbälle und andere in jeder Größe, so wie **sämmtliche Billard-Utensilien** verkaufe ich so billig, daß mir in dieser Branche keine hiesige Konkurrenz im Stande ist, Stange zu bieten. — Alle Reparaturen billigst.

Zur Uebernahme von Bauten, so wie Anfertigung von Zeichnungen, Kosten-Anschlägen und statischen Berechnungen empfehlen sich

Döbeling & Kliche,
Unternehmer für Bauausführungen.
Posen, Schießstraße 7.

25 höchst pikante

Photographien 3 Mk. vers. **A. Wendland** in **Berlin,** C., Fischerbrücke 5

Wegebreit-Klee-Siebe empf. **Joseph Wunsch,** Sapiehaplatz- u. Friedrichsstraßen-Ecke 31.

Daselbst werden alle Arten Schneide instrumente gut geschärft.

Eiserne Bettstellen, Dezimal- und Tafelwaagen, Fleischhack-Maschinen, solinger Messer und Scheeren, verz. und gußeis. Geschirre, sowie sämmtliche Eisenwaaren empfiehlt zu **billigen Preisen**

Gustav Hempel,
Breslauerstr., Hotel de Saxe.

Porzellan- und Glas-Handlung

von J. Kusztelan in Posen (Bazar) empfiehlt unzerbrechliche Glocken und Wassergläser, billige Teller und Tassen. Seidel Dutz. von 3.75 M. ab

Rasirmesser u. Streichrieme
bester Qualität empfiehlt

C. Preiss,
jetzt Markt Nr. 7.

Dergleichen werden daselbst auch sorgfältig geschliffen und reparirt.

Natives-Austern

täglich frisch, empfiehlt

Julius Buckow.

Die allerneuste Verbesserung

der transportablen Luftdruck-Bier-Zapf-Apparate ist die, vermittelst des Patent-Gummi-Ballon, für den fast unglaublich spottbilligen Preis von 20 Mark exkl. Emballage pro Stück. Derselbe ist nur allein zu beziehen durch das Agentur-Geschäft von

E. Güttler in Posen,
Bismarckstraße 1.

Préservatifs

(Schutzmittel.) aus Gummi u. aus französ. Fischblasen, a Dtzd. 1, 1½, 2 u. 2½ Thlr. empfiehlt u. versendet auch brieflich die **Gummiwaaren-Fabrik** von (Schutzmittel.)

Ed. Schumacher,
Berlin W., Friedrichstr. 67.



Extraff. ger. Rhein- u. Weser-Lachs,
extraff. grosskörnigen astr. Caviar,
Elbinger u. Rheinische Neunaugen
empfiehlt

Jacob Appel,
Wilhelmsstr. 9.

Beamte

in höherer etatsmäßiger Stellung erh. bei strengster Diskretion Geld-Darlehne in jeder Höhe mit Polongation. Prospecte gratis.

S. Schiftan, Breslau,
Nicolaistr. 28/29.

Astrach. Caviar,
schöne gerauch. fette Lachsforellen,
Elbinger Neunaugen,
Rügenwalder Gänsebrüste,
Bayonner Schinken (roh und gekocht),
Hamburger Rauchfleisch,
diverse Braunschweiger und Gothaer Wurst
empfiehlt

Eduard Feckert jun.

Großkörnigen grauen, wenig gesalzenen Astr. Caviar, große Hummern, Westphälischen Schinken, Charlottenburger, Gothaer, und Braunschweiger Cervelat-, so wie auch Trüffelleberwurst, frischen Neapol. Blumenkohl, Endivien-Salat, Telt. Rübchen, Ital. Maronen, Elb. Riesen-Neunaugen und fein geschnittenes Magdeburg. Wein-Sauerkraut empfehlen billigst

W. F. Meyer & Co.
Wilhelmsplatz 2.

Erlanger Bier
von Gebr. **Reiff,** frisch vom Faß bei
J. W. Beely & Co.



Posen: Bei Herren Apothekern Elsner und Kirschstein, Hof-Apotheke und Rothe Apotheke.

In unserem Verlage ist soeben erschienen, in Posen zu beziehen durch **Ernst Rehfeld,** Wilhelmspl. 1:

Statistik
der
in dem Kriege 1870/1871
im preußischen Heere
und in den
mit demselben im engeren Verbande gestandenen Norddeutschen Bundes-Kontingenten vorgekommenen
Verwundungen u. Tödtungen
von
G. Fischer,
Rechnungs-Rath im Justiz-Ministerium.

8½ Bogen 4°. Geh. Preis 4 Mark.

Königl. Geheime Ober-Hofbuchdruckerei.
(R. v. Decker) in Berlin.

2 starke und 2 leichte neue Arbeitswagen stehen Thorstraße Nr. 10b billig zum Verkauf.

Syphilis, Geschl.-u. Hautkrankheit Schwächezustände (Pollutionen) heilt mit sicherem Erfolge, auch brieflich Dr. Holzmann, Kl. Gerberstr. 6 part.

(Beilage.)